

Hinweise zum Datenschutz nach DSGVO (Datenschutzgrundverordnung)

I. Verantwortlicher

1. Verantwortlich für die Datenverarbeitung:

Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e. V.
vertreten durch den Vorstand Wolfgang Schuldzinski
Helmholtzstr. 19
40215 Düsseldorf
Tel: 0211 3809-0
Fax: 0211 3809-216
E-Mail: kontakt@verbraucherzentrale.nrw

2. Datenschutzbeauftragte

datenschutz@verbraucherzentrale.nrw

II. Datenverarbeitung

1. Umfang der Datenverarbeitung

Im Rahmen des Vergabeverfahrens und zum Abschluss bzw. zur Durchführung eines Vertrags, auf den das Verfahren abzielt, erheben und speichern wir personenbezogene Daten. Im Einzelnen handelt es sich um Folgende:

- Namen und Kontaktdaten der Ansprechpartner
- Dokumente, aus denen der Verfasser hervorgeht

Wir fordern für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung ab einem Auftragswert von 30.000 Euro eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a der Gewerbeordnung an. Dies betrifft Bieter mit Sitz im In- und Ausland, soweit sie über im Inland beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verfügen.

Ab einem Gesamtauftragswert über 25.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) bitten wir die Informationsstelle für Vergabeausschlüsse beim Ministerium der Finanzen Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf um Mitteilung, ob Eintragungen zum Bieter vorliegen. Unterhalb der genannten Summe liegt die Anfrage in unserem Ermessen.

In unserer Bitte um Abgabe eines Angebots fordern wir ab einem Auftragswert von 25.000 Euro natürliche Personen als Bieter auf zu erklären, dass sie mit der Veröffentlichung/Weitergabe der Daten einverstanden sind. Bei fehlender Einwilligung wird die Angabe des beauftragten Unternehmens anonymisiert.

Falls die von uns eingesetzte obligatorische Transportverschlüsselung vom Empfänger unterstützt wird, korrespondieren wir mit dem Bieter auch per E-Mail.

2. Rechtsgrundlage

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten zur Durchführung eines Vergabeverfahrens als vorvertragliche Maßnahme ergibt sich aus Art. 6 Abs. 1 lit. b sowie aus Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO i. V. m. § 55 Landeshaushaltsordnung NRW, Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur institutionellen Förderung.

Wir sind nach § 19 Abs. 4 Mindestlohngesetz, § 21 Abs. 4 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 21 Abs. 1 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz verpflichtet, bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 Euro ohne Umsatzsteuer für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a der Gewerbeordnung anzufordern.

Nach § 8 des Gesetzes zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung und Führung eines Vergaberegisters in Nordrhein-Westfalen vom 16.12.2004 (Korruptionsbekämpfungsgesetz) bitten wir ab ei-

nem Gesamtauftragswert über 25.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) von die Informationsstelle für Vergabeausschlüsse beim Ministerium der Finanzen Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf um Mitteilung, ob Eintragungen zum Bieter vorliegen. Unterhalb der genannten Summe liegt die Anfrage in unserem Ermessen.

Für die Datenverarbeitung zum Abschluss bzw. zur Durchführung eines Vertrags, auf den das Verfahren abzielt, ist Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO die Rechtsgrundlage. Die Rechtsgrundlage für die Korrespondenz per E-Mail ist Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO. In den Fällen, in denen Sie uns Ihre Einwilligung erteilt haben, ist die Rechtsgrundlage für die Weitergabe Ihrer Angaben Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO.

3. Zweck

Die Datenverarbeitung erfolgt zum Zweck der Durchführung des Vergabeverfahrens sowie zum Abschluss und zur Durchführung eines Vertrags, auf den das Verfahren abzielt. Die Korrespondenz per E-Mail anstatt per Briefpost erfolgt, um das Verfahren zügig und effizient durchzuführen. Hierin liegt auch unser berechtigtes Interesse an der Verarbeitung der Daten.

4. Kategorien von Empfängern

Mögliche Empfänger der Daten sind das Gewerbezentralregister und die Informationsstelle für Vergabeausschlüsse beim Ministerium der Finanzen Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf .

5. Dauer der Speicherung

In unseren internen Systemen werden die Daten gelöscht, sobald sie für die Erreichung des Zwecks ihrer Erhebung nicht mehr erforderlich sind.

Die Speicherung Ihrer Daten ist zur Durchführung des Vergabeverfahrens erforderlich. Auch nach Beendigung des Verfahrens können vertragliche oder gesetzliche Verpflichtungen einer Löschung der personenbezogenen Daten des Bieters entgegenstehen. Wir unterliegen handels- und steuerrechtlichen Aufbewahrungsfristen, die sechs bzw. zehn Jahre betragen. Zudem sind gesetzliche Verjährungsfristen zu beachten, die in der Regel drei Jahre betragen.

6. Widerspruchs- und Beseitigungsmöglichkeit

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist für das Vergabeverfahren zwingend notwendig. Ein Widerspruch dagegen ist daher nicht möglich. Der Korrespondenz per E-Mail können Sie widersprechen. Die Durchführung des Vergabeverfahrens ist in diesem Fall trotz des Widerspruchs möglich. Haben Sie uns für die Weitergabe Ihrer Daten eine Einwilligung erteilt, haben Sie das Recht, Ihre Erklärung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen.

Den Widerspruch bzw. den Widerruf der Einwilligungserklärung können Sie an die zentrale Adresse widerspruch@verbraucherzentrale.nrw richten.

III. Rechte der betroffenen Person

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, sind Sie Betroffener im Sinn der DSGVO und es stehen Ihnen folgende Rechte gegenüber dem Verantwortlichen zu:

- Recht auf Auskunft nach Art. 15 DSGVO (Einschränkungen nach § 34 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) möglich)
- Recht auf Berichtigung nach Art. 16 DSGVO
- Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO (Einschränkungen nach § 35 BDSG möglich)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO
- Widerspruchsrecht nach Art. 21 DSGVO
- Recht auf Datenübertragbarkeit nach Art. 20 DSGVO
- Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde nach Art. 77 DSGVO i. V. m. § 19 BDSG